64. 1. Zulässigkeit der weiteren Beschwerde im Falle der Verwerfung der Beschwerde durch das Beschwerdegericht.
2. Kann der Konkursverwalter den Einwand, eine zur Konkurs-tabelle festgestellte und in dieselbe eingetragene Forderung sei nachher getilgt, in dem nach §. 146 R.D. eingeleiteten Verfahren geltend machen, oder muß er in Gemäßheit der Vorschrift in §. 686 C.P.D. Klage erheben?

III. Civilsenat. Beschl. v. 24. Februar 1888 i. d. Konkursache der Firma J. W. L. zu Lüneburg. Beschw.=Rep. III. 4/88.

- I. Amtsgericht Lüneburg.
- II. Landgericht daselbst.
- III. Oberlandesgericht Celle.

Der Verwalter im Konkurse der Firma J. W. L. zu Lüneburg beantragte beim Konkursgerichte die vorläufige Verteilung von 20 Prozent nach Maßgabe eines von ihm vorgelegten Verzeichnisses. In dasselbe waren zwei Forderungen der Gewerkschaft der Baroper Steinkohlenbergwerke im Betrage von 859,70 M, welche in die Konkurs-tabelle unter Nr. 17 und 42 eingetragen waren, nicht aufgenommen. Die Gewerkschaft erhob Einwendung in Gemäßheit §. 146 R.D. und beantragte Berichtigung des Verzeichnisses durch Aufnahme ihrer Forderungen. Der Verwalter bestritt diese Einwendung und widersprach dem Antrage, indem er geltend machte, der Anspruch der Baroper Gewerkschaft sei unbegründet, weil die von derselben angemeldeten Wechselforderungen aus Zinsforderungen entstanden und dadurch getilgt seien, daß der Kridar L. bezw. die Konkursmasse die

Rüge, für welche jene Zubußen ausgesprochen worden, der Gewerkschaft zur Verfügung gestellt habe, und dadurch in Gemäßheit der Vorschrift in §. 130 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 die Zubüßbeforderungen erloschen seien. Der Verwalter im Konkurse der Gewerkschaft der Haroper Steinkohlenbergwerke wandte dagegen zunächst ein, daß das Konkursgericht über diesen Einwand des Konkursverwalters zu entscheiden nicht zuständig sei, daß derselbe vielmehr im Wege der Klage in Gemäßheit des §. 686 C.P.O. geltend gemacht werden müsse, und führte eventuell aus, daß der Einwand materiell unbegründet sei, weil die angemeldeten und zur Konkurstabelle festgestellten Forderungen Regreßansprüche aus Wechsellien seien, welche der Kreditar L. behufs Regulierung bereits fälliger Zubüßbeforderungen ausgestellt, bezw. acceptiert habe.

Das Konkursgericht, das Amtsgericht Lüneburg, verfügte durch Beschluß vom 30. September 1887 die Berichtigung des Verzeichnisses durch Aufnahme einer Forderung von 54,79 *M.*, Protest- und sonstiger Kosten, wies dagegen im übrigen die Einwendung der Gewerkschaft zurück. Es führte aus, daß es nach §. 146 R.D. zuständig sei, über den Einwand des L.'schen Konkursverwalters zu entscheiden, da das Konkursgericht über die gegen das behufs Vornahme einer Abschlagsverteilung aufgestellte Verzeichnis erhobenen Einwendungen zu entscheiden und folgeweise auch die einer solchen Einwendung gegenüber von dem Verwalter geltend gemachten Einreden, mögen sie formeller oder materieller Natur sein, bei der Entscheidung zu prüfen habe. Es erachtete den Einwand des Konkursverwalters auch materiell für begründet, soweit die Wechsellsumme selbst in Frage komme, weil feststehe, daß die Wechsel, auf Grund deren die in Frage stehenden Forderungen angemeldet und festgestellt seien, von der Firma F. W. L. ausgestellt bezw. acceptiert seien, um damit Zubüßbeforderungen der Haroper Gewerkschaft zu decken.

Gegen diesen Beschluß des Konkursgerichtes erhoben beide Teile Beschwerde, der L.'sche Konkursverwalter mit dem Antrage, die Einwendung der Haroper Gewerkschaft im vollen Umfange zu verwerfen, der Verwalter im Konkurse der Haroper Gewerkschaft mit dem Antrage, seiner Einwendung im vollen Umfange stattzugeben.

Das Landgericht zu Lüneburg wies durch Beschluß vom 14. Oktober 1887 die Beschwerde des L.'schen Konkursverwalters zurück und

verfügte auf die Beschwerde des B.'schen Konkursverwalters, daß in das Verzeichnis der bei der bevorstehenden Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen die Forderungen, welche unter Nr. 17. 42 der Konkurstabelle eingetragen seien, zu ihrem festgestellten Betrage von 859,70 *M* aufzunehmen seien. Das Landgericht führte aus, daß Einwendungen gegen die im allgemeinen Prüfungstermine festgestellten und in die Konkurstabelle eingetragenen Forderungen, insbesondere die Einwendung der durch Zahlung oder auf sonstige Weise später eingetretenen Tilgung der Forderungen, im Wege der Klage in Gemäßheit der Vorschrift in §. 686 C.P.D. geltend gemacht werden müssen, nicht von dem Konkursgerichte über solche Einwendungen in dem durch die Bestimmungen in §. 146 R.D. geregelten Verfahren entschieden werden könne. Denn die Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei einer Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen betreffen nur das Verteilungsverfahren und können ihrem Zwecke nach einen anderen Inhalt und größeren Umfang nicht haben, als dieses. Das Verteilungsverfahren habe aber die Entscheidung über materielle Ansprüche der beim Konkursverfahren Beteiligten überhaupt nicht zum Gegenstande, die Feststellung dieser erfolge im Prüfungstermine und in den an deren Ergebnis sich anschließenden im ordentlichen Verfahren zu verhandelnden Prozessen. Die Erörterungen im Verteilungsverfahren betreffen lediglich formelle Fragen (§§. 140—142 R.D.). Nur auf solche Streitpunkte beziehen sich die Einwendungen, welche §. 146 R.D. behandle, und die auf diese ergehenden Entscheidungen des Konkursgerichtes. Dagegen könne nicht im Wege des §. 146 a. a. D. die Grundlage des ganzen Verteilungsverfahrens, die Konkurstabelle oder eine zu dieser erfolgte, einem rechtskräftigen Urteile gleichstehende Feststellung in Frage gestellt werden. Die Einwendung des B.'schen Konkursverwalters gegen das von dem L.'schen Konkursverwalter eingereichte Verzeichnis erscheine daher begründet, der letztere könne den auf Grund des §. 130 des Allgemeinen Vergesetzes erhobenen Einwand nicht in dem nach §. 146 R.D. eingeleiteten Verfahren verfolgen.

Gegen diesen Beschluß erhob der L.'sche Konkursverwalter Beschwerde, welche vom Oberlandesgerichte zu Celle durch Beschluß vom 15. November 1887 verworfen wurde. Das Oberlandesgericht bezeichnet die Ansicht des Landgerichtes, daß Einwendungen des mate-

riellen Rechtes in dem nach §. 146 R.D. eingeleiteten Verfahren nicht geltend gemacht werden können, als unzutreffend, ist jedoch der Ansicht, daß der von dem L.'schen Konkursverwalter auf Grund des §. 130 des Berggesetzes erhobene Einwand materiell unbegründet sei, weil zur Zeit der Preisgebung der Auxe an Stelle der Zubußforderungen der Baroper Gewerkschaft bereits die zu ihrer Regulierung gegebenen Wechselforderungen getreten gewesen seien, diesen eine selbständige Bedeutung beizumehnen, und der Umstand, daß ihnen Zubußforderungen zu Grunde liegen, nicht geeignet sei, ihnen den Charakter von Zubußforderungen im Sinne des Berggesetzes zu geben.

Die gegen diesen Beschluß von dem L.'schen Konkursverwalter erhobene weitere Beschwerde ist zwar für zulässig erachtet, jedoch als unbegründet zurückgewiesen aus folgenden

Gründen:

„Die gegen den Beschluß des Oberlandesgerichtes zu Celle vom 15. November 1887 von dem Verwalter im L.'schen Konkurse erhobene weitere Beschwerde erscheint zulässig. Denn wenn auch die Beschwerde des Masseverwalters gegen den auf die Beschwerde des Verwalters im Konkurse der Gewerkschaft der Baroper Steinkohlenbergwerke zu Barop ergangenen, den Beschluß des Amtsgerichtes zu Lüneburg vom 30. September 1887 zu Gunsten des Beschwerdeführers abändernden Beschluß des Landgerichtes zu Lüneburg vom 14. Oktober 1887 durch den jetzt angefochtenen Beschluß des Oberlandesgerichtes zu Celle vom 15. November 1887 verworfen ist, so enthält doch der letzterwähnte Beschluß einen neuen selbständigen Beschwerdebegrund, und es ist daher nach §. 531 C.P.D. die weitere Beschwerde, deren Antrag dahin geht, unter insoweitiger Aufhebung des Beschlusses des Oberlandesgerichtes, sowie des Beschlusses des Landgerichtes zu Lüneburg vom 14. Oktober 1887, die sofortige Beschwerde des gegnerischen Masseverwalters gegen den Beschluß des Amtsgerichtes zu Lüneburg vom 30. September 1887 zu verwerfen, statthaft.

Es liegen allerdings nach Verwerfung der Beschwerde des Masseverwalters im L.'schen Konkurse gegen den Beschluß des Landgerichtes zu Lüneburg — durch welchen, unter Abänderung des Beschlusses des Amtsgerichtes zu Lüneburg vom 30. September 1887, angeordnet worden, daß in das am 27./29. Juli 1887 auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichtes niedergelegte Verzeichnis der bei der bevorstehenden

Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen diejenigen Forderungen, welche unter den Nummern 17. 42 der Konkurstabelle eingetragen sind, zu ihrem festgestellten Betrage von 859,70 *M* aufzunehmen seien — zwei gleichlautende Entscheidungen vor, daß die in Rede stehenden Forderungen der Gewerkschaft der Baroper Steinkohlenbergwerke in das Verzeichnis der bei der Abschlagsverteilung im L.'schen Konkurse zu berücksichtigenden Forderungen aufzunehmen seien. Allein die beiden Entscheidungen beruhen auf wesentlich voneinander abweichenden Gründen, und es ist die Rechtslage des Verwalters im L.'schen Konkurse durch die von dem Oberlandesgerichte auf seine Beschwerde getroffene Entscheidung eine ungünstigere geworden, als sie nach der Entscheidung des Landgerichtes war, es enthält daher die erstere für den Beschwerdeführer einen neuen selbständigen Beschwerdegund. Denn, während das Landgericht die Entscheidung des Amtsgerichtes, daß die in die Konkurstabelle unter Nr. 17. 42 eingetragenen Forderungen der Baroper Gewerkschaft, abgesehen von den in dem Betrage von 859,70 *M* enthaltenen Protest- und sonstigen Kosten im Betrage von 54,79 *M*, in das Verzeichnis nicht aufzunehmen seien, weil der Einwand des Konkursverwalters, daß diese Forderungen nach der Eintragung in die Konkurstabelle durch Überweisung der Kuxscheine an die Baroper Gewerkschaft in Gemäßheit der Vorschrift in §. 130 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 getilgt seien, begründet sei, deshalb aufhob, weil dieser Einwand des Konkursverwalters nicht in dem nach §. 146 R.D. eingeleiteten Verfahren, sondern nur mittels Klage in Gemäßheit der §. 686 C.P.D. geltend gemacht werden könne, dagegen die Frage, ob dieser Einwand materiell begründet sei, dahingestellt sein ließ, hat das Oberlandesgericht, die Ansicht des Landgerichtes reprobierend, angenommen, daß zwar jener Einwand des Konkursverwalters in dem nach §. 146 R.D. eingeleiteten Verfahren zur Geltung gebracht werden könne, jedoch materiell unbegründet sei.

Die erhobene Beschwerde ist aber zu verwerfen, weil, wenn auch die Ausführungen des Oberlandesgerichtes nicht zu billigen sind, doch die Entscheidung selbst gerechtfertigt ist.

Die gegen die Richtigkeit der Annahme des Oberlandesgerichtes, daß der von dem Verwalter im L.'schen Konkurse geltend gemachte Einwand, es seien die zur Konkurstabelle festgestellten Wechselforde-

rungen der Baroper Gewerkschaft dadurch weggefallen, daß die ihnen zu Grunde liegenden Zubußforderungen durch Preisgebung der Kluge ihre Bedeutung verloren haben, als unbegründet sich darstelle, zu erhebenden Bedenken können hier dahingestellt bleiben, da die Beschwerde gegen die Entscheidung des Landgerichtes zu Lüneburg deshalb zurückzuweisen war, weil dasselbe mit Recht davon ausgegangen ist, daß der fragliche Einwand des Konkursverwalters in dem vorliegenden Verfahren nicht, sondern nur mittels einer Klage nach §. 686 C.P.D. geltend gemacht werden könne.

Die in Frage stehenden Forderungen der Baroper Gewerkschaft sind im allgemeinen Prüfungstermine zu dem Betrage von 859,70 *M* festgestellt und unter den Nummern 17 und 42 in die Konkurstabelle eingetragen worden. Diese Eintragung gilt nach §. 133 R.D. wie ein rechtskräftiges Urteil gegenüber allen Konkursgläubigern. Sie enthält die urteilsmäßige Festsetzung des Rechtes des anmeldenden Gläubigers; daß er hinsichtlich der angemeldeten Forderung ihrem Betrage und Vorrechte nach an der Konkursmasse teilzunehmen berechtigt sei, sie wirkt für diesen Inhalt wie ein rechtskräftiges Urteil. Wie Einwendungen, welche den durch das rechtskräftige Urteil festgestellten Anspruch selbst betreffen, im Zwangsvollstreckungsverfahren von dem Schuldner in Gemäßheit der Vorschrift in §. 686 C.P.D. im Wege der Klage bei dem Prozeßgerichte erster Instanz zu erheben, und nur insoweit zulässig sind, als die Gründe, auf denen sie beruhen, erst nach dem Schlusse derjenigen mündlichen Verhandlung, in welcher Einwendungen spätestens hätten geltend gemacht werden müssen, entstanden sind, so können auch Einwendungen gegen das Recht eines Konkursgläubigers, dessen Forderung als festgestellt in die Konkurstabelle eingetragen ist, auf Teilnahme an der Befriedigung aus der Konkursmasse nur berücksichtigt werden, wenn die Gründe, auf denen sie beruhen, nach der Feststellung der Forderung und deren Eintragung in die Konkurstabelle entstanden sind, und müssen im Wege der Klage geltend gemacht werden. Denn die Vorschriften der Zivilprozeßordnung finden nach §. 65 R.D., soweit nicht aus der Konkursordnung Abweichungen sich ergeben, auf das Konkursverfahren entsprechende Anwendung. Eine von der Vorschrift des §. 686 C.P.D. abweichende Bestimmung enthält die Konkursordnung aber nicht.

Das Oberlandesgericht führt dagegen aus: Da der §. 146 R.D. die Entscheidung über Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei einer Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen dem Konkursgerichte überweise, ohne zwischen der Art der Einwendungen irgend einen Unterschied zu machen, so sei die Auffassung des Landgerichtes, daß Einwendungen des materiellen Rechtes im Verteilungsverfahren nicht zu berücksichtigen, vielmehr im Wege der Klage geltend zu machen seien, willkürlich und unzutreffend; das Recht eines Konkursgläubigers auf Berichtigung der ihm zur Zeit der Konkursöffnung zustehenden Forderung an die Konkursmasse könne durch spätere Vorgänge, Verzicht, Verwirkung, Befriedigung, ausgeschlossen werden, und es stehe in einem solchen Falle nach §. 139 R.D. nichts im Wege, dem jenes Recht ausschließenden Vorgange durch Nichtaufnahme der Forderung in das Verteilungsverzeichnis Rechnung zu tragen; die Vorschrift in §§. 133. 135 R.D. über die Bedeutung und Wirkung der Eintragung einer festgestellten Forderung in die Konkurstabelle sei mit der Annahme, daß das Verteilungsverzeichnis auch wegen materieller, den Anspruch selbst betreffender Einwendungen angegriffen werden könne, wohl vereinbar.

Diese Erwägungen können für zutreffend nicht anerkannt werden.

Jeder Konkursgläubiger, dessen Forderung im Prüfungstermine festgestellt und in die Konkurstabelle eingetragen worden ist, hat ein Recht bei den stattfindenden Abschlagsverteilungen berücksichtigt zu werden, und es kann der Konkursverwalter, wenn er der Ansicht ist, daß die Forderung durch später eingetretene Ereignisse getilgt oder erloschen sei, die Forderung bei Aufstellung des Verteilungsverzeichnisses nicht unberücksichtigt lassen und dadurch die vermeintliche Aufhebung der Forderung zur Geltung bringen. Ist ein Konkursgläubiger, dessen Forderung unstreitig ist, bei der Aufstellung des Verzeichnisses der bei einer Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen übergegangen, so hat derselbe innerhalb der in §. 146 R.D. bestimmten Frist Einwendung zu erheben, über welche das Konkursgericht zu entscheiden hat. Diese Einwendung findet aber schon in der dem rechtskräftigen Urteile gleichstehenden Feststellung seiner Forderung im Prüfungstermine und in der Aufnahme derselben in die Konkurstabelle ihre volle Begründung. Kann der Konkursverwalter dem gegenüber sich nicht auf ein von ihm im Wege der Klage, in Gemäßheit der

Vorschrift in §. 686 C.P.D. erstrittenes, die Ausschließung der Forderung von der Befriedigung im Konkurse rechtfertigendes Urteil berufen, so ist diese Forderung in das für die Abschlagsverteilung maßgebende Verzeichnis aufzunehmen, es kann aber der Konkursverwalter nicht die begründete Einwendung des Konkursgläubigers gegen das Verzeichnis dadurch beseitigen, daß er sich auf Thatsachen beruft, durch welche nachträglich eine Aufhebung der Forderung eingetreten sein soll. Über derartige materielle Einwände des Konkursverwalters gegen die Einwendungen des Konkursgläubigers, dessen rechtskräftig festgestellte Forderung bei der beabsichtigten Abschlagsverteilung übergegangen ist, kann in dem lediglich die Begründung der letzteren Einwendungen bezielenden Verfahren von dem Konkursgerichte nicht entschieden werden.

Dem Konkursgerichte gebührt nur die administrative Leitung des Verfahrens gemäß der Konkursordnung und die Entscheidung über die ihm in der Konkursordnung zugewiesenen Fragen und Streitigkeiten, solcher Streitigkeiten, welche im Laufe des Verfahrens entstanden sind, und welche wegen ihres Einflusses auf den Fortgang der Sache mittelbar das Interesse Aller berühren und auf den Weg des förmlichen Prozesses nicht verwiesen werden dürfen. Zu diesen gehören auch die Einwendungen der Gläubiger bei Verteilungen (§§. 146. 150 R.D.). So wenig aber dem Konkursgerichte die Entscheidung über die Feststellung der angemeldeten, aber streitig gebliebenen Forderungen zusteht, auf diese Feststellung vielmehr im ordentlichen Verfahren Klage zu erheben ist (§. 134 R.D.), ebensowenig steht dem Konkursgerichte die Entscheidung zu, wenn nach rechtskräftiger Feststellung der angemeldeten Forderung deren Fortbestehen aus später eingetretenen Gründen streitig wird. Über diesen Streit hat, wie im Zwangsvollstreckungsverfahren, das zuständige Prozeßgericht zu entscheiden. Das Konkursgericht muß, wenn Einwendungen gegen das Verzeichnis über die bei einer Abschlagsverteilung zu berücksichtigenden Forderungen von einem Gläubiger erhoben werden, dessen Forderung rechtskräftig festgestellt, aber in das Verzeichnis nicht aufgenommen worden ist, auf die Prüfung der Frage sich beschränken, ob die Einwendung rechtzeitig erhoben worden ist, und es hat den aus Gründen, welche erst nach Feststellung der Forderung entstanden sind, gegen die Berücksichtigung der Forderung bei der Verteilung von dem Konkursverwalter erhobenen

Widerspruch auf den dafür in §. 686 C.P.D. vorgezeichneten Weg zu verweisen, da die Konkursordnung keine Vorschrift enthält, welche für einen solchen Fall dem Konkursgerichte die Zuständigkeit zur Entscheidung beilegt. Es ist dieses namentlich nicht, wie der Konkursverwalter meint und auch das Oberlandesgericht angenommen hat, durch die Bestimmung in §. 146 R.D. geschehen. Das Landgericht führt vielmehr zutreffend aus, daß die in §. 146 R.D. erwähnten Einwendungen der Konkursgläubiger gegen das von dem Konkursverwalter vor der Vornahme einer Verteilung aufzustellende Verzeichnis der bei derselben zu berücksichtigenden Forderungen nur das Verteilungsverfahren betreffen, und ihrem Zwecke nach keinen anderen Inhalt und Umfang haben können, wie dieses, daß aber das Verteilungsverfahren die Entscheidung über materielle Rechtsansprüche der Konkursgläubiger überhaupt nicht zum Gegenstande hat, die Erörterungen und Entscheidungen im Verteilungsverfahren nicht die dessen Grundlage bildenden Feststellungen der Forderungen im Prüfungstermine und durch die Eintragung in die Konkurstabelle zum Gegenstande haben können, sondern sich nur auf die Fragen beziehen, welche Forderungen auf Grund der erfolgten Feststellungen, bezw. nach den in den §§. 140—142 R.D. gegebenen Vorschriften bei der Verteilung zu berücksichtigen seien. Auch aus den Bestimmungen in den §§. 150. 152—155 R.D. kann nicht, wie das Oberlandesgericht annimmt, ein begründetes Argument gegen diese Auffassung der Vorschrift in §. 146 R.D. entnommen werden.

Durch die Verweisung des Widerspruches des Konkursverwalters gegen die Berücksichtigung einer festgestellten Forderung bei der Verteilung wegen später eingetretener Beseitigung dieser Forderung auf den Weg der Klage werden auch die Interessen der Beteiligten nicht gefährdet. Hat der Konkursverwalter die an keine Frist gebundene Klage erhoben, so wird er bei entsprechender Anwendung der Vorschrift des §. 155 R.D. für berechtigt zu erachten sein, die Auszahlung des auf die in das Verzeichnis aufgenommene Forderung fallenden Anteiles bis dahin zurückzuhalten, daß über die Streitfrage, ob die Forderung nach der Feststellung erloschen sei, entschieden ist.

Da sonach die von dem Landgerichte zu Lüneburg getroffene Entscheidung gerechtfertigt erscheint, so war die weitere Beschwerde gegen den Beschluß des Oberlandesgerichtes zu Celle vom 15. November 1887,

durch welchen diese Entscheidung, durch Verwerfung der dagegen von dem L.'schen Konkursverwalter erhobenen Beschwerde, aufrechterhalten ist, unter Beurteilung des Beschwerdeführers in die Kosten, zurückzuweisen.“